

Die Stadt muss Trumps „Ankündigung zum Truppenabzug aus Deutschland“ als Chance für den Wohnflächenbedarf in Stuttgart begreifen und handeln

12.06.2020 11:47 Uhr



Mieterverein: OB Kuhn sollte Abzugspläne der US Armee aus Stuttgart unterstützen

Beim Wohnungsneubau ist Stuttgart (mit Köln) weiterhin das Schlusslicht unter den deutschen Großstädten. Nach einer neueren Studie vom Institut der Deutschen Wirtschaft wurden auch im letzten Jahr in Stuttgart nur 41 Prozent des notwendigen Neubaubedarfs geschaffen. Bauträger und Wohnungsgesellschaften sehen als Hauptursache für den Mangel an Fertigstellungen in Stuttgart das Fehlen von bebaubaren Flächen. Zudem ist der bislang vorherrschende Wohnungsbau in kleinteiligen Baulücken zwar sinnvoll aber teuer.

Nach Einschätzung des Mietervereins bietet der von US-Präsident Trump angekündigte Truppenabzug für Stuttgart die einmalige Chance, den bestehenden und auch zukünftigen Wohnungsbedarf für die wachsende Metropole Stuttgart befriedigen zu können. Denn allein in Stuttgart belegen Kasernen und

Truppenunterkünfte der US-Streitkräfte insgesamt ca. 184 Hektar Fläche. Nur zum Vergleich: Die wohl bislang in diesem Jahrhundert größte freiwerdende Fläche für Stuttgart, das Rosensteinareal, erstreckt sich inklusive Parkerweiterung auf ca. 85 Hektar. Darauf sollen 7.500 Wohnungen neu entstehen.

Mietervereinsvorsitzender Gaßmann bittet deshalb Stuttgarts Oberbürgermeister Kuhn mit einem Brief, „den von vom amerikanischen Präsidenten angekündigten US- Truppenabbau in Deutschland als Chance für unsere Stadt zu begreifen und bei der amerikanischen Regierung und deren Militärbehörden sich für einen vorrangigen Abzug aus der Wirtschaftsmetropole Stuttgart einzusetzen“. Selbst ein Teilabzug aus den Robinson-Barracks in Zuffenhausen könnte, nach Kenntnis des Mietervereins, schon eine Fläche von 65 Hektar für Stuttgarts Bürger nutzbar machen lassen.

Ein Handeln des Oberbürgermeisters sei ein Gebot der Vernunft und keine gegen die amerikanischen Streitkräfte gerichtete Aktion. „Militärische Kommandozentralen, Kasernenanlagen und militärische Versorgungseinrichtungen sind in einer dicht besiedelten Großstadt fehl am Platz und können besser in strukturschwachen Regionen ihren Platz finden“, schrieb Gaßmann dem OB. Da die von den Amerikanern geräumten Flächen an den Bund zurückfallen werden, sollten OB Kuhn und der Gemeinderat zudem auch gegenüber der Bundesregierung bald ihr Interesse zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf frei werdenden Flächen bekunden, fordert der Mieterverein.